

02.09.2009

Postulat

von Susi Gut (PFZ)
und Markus Schwyn (PFZ)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die am 27. August 2009 realisierte Sperrung von Facebook und anderen sozialen Netzwerken auf sämtliche Mitarbeiter der Stadtverwaltung ausgeweitet werden kann, mit Ausnahme jener Abteilungen bei der Polizei, welche diese Dienste für Ermittlungen brauchen. Insbesondere sollen auch alle öffentlichen Personen und Politiker – z.B. Stadträte, etc. – keinen Zugang mehr haben.

Begründung:

Prinzipiell sind alle städtischen Angestellten für das Arbeiten und nicht für das Surfen auf dem Internet bezahlt. Dies gilt auch für die auf der städtischen Lohnliste stehenden öffentlichen Personen und Politiker. Es ist nicht einzusehen, warum ein Stadtrat mehr Rechte haben soll, als seine Angestellten. Jeder kann in seiner Freizeit, zu Hause, auf dem Internet machen was er will, aber nicht während der Arbeitszeit und auf Kosten der Steuerzahler.

